

Die Wohnungsnot in Wien.

OB. Rain legt sodann die bekannten Anträge wegen Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel während des Krieges vor. Der Referent führt aus, daß die Verhältnisse bis April d. J. beinahe die gleichen waren, wie vor dem Kriege und sich erst von da ab gewaltig änderten. Während im Frühjahr noch 7516 Leerstellungen angemeldet waren, sind derzeit nur mehr 2933 Leerstellungen und diese meist in Peripheriebezirken vorhanden, eine Zahl, die fortwährend noch abnimmt. Dabei ist die Erbauung von neuen Häusern oder Baracken, ebenso die Umwandlung von Geschäftslökalen und Wohnungen infolge des argen Mangels an Rohmaterialien und Arbeitskräften nahezu ausgeschlossen. Die Gemeinde muß daher noch während des Krieges und in kürzester Zeit dafür sorgen, daß nicht die in Wien bestehende Bevölkerung plötzlich vor der Tatsache steht, keine Wohnungen mehr zu finden. Da gibt es nur einen Ausweg: Verringerung der Mieter durch Rückkehr der Flüchtlinge, welche länger als drei Jahre sich schon in Wien aufhalten und deren Heimatländer bereits wieder vom Feinde befreit sind. Eine weitere Verschärfung der Wohnungsnot bedeutet das erst in den letzten Tagen auch in der Presse behandelte Vorgehen großer Gesellschaften, wie der Union C. & S. und der Baumwollzentrale, ganze Häuserblöcke anzukaufen und die Mieter auf die Straße zu werfen. Ja sogar das Ministerium für soziale Fürsorge, dem man ein solches Vorgehen am allerwenigsten zuzuraue würde, hat ein Haus im 3. Bezirk erworben und die Parteien ausgemietet!

OB. Janak Sticher tritt als erster Redner für die Referenten anträge ein, da das Wohnungselend in Wien bereits heute ein geradezu furchtbares sei.

OB. Dr. v. Dorn bringt eine Reihe von Anregungen vor, erklärt im übrigen für die Anträge zu stimmen.

OB. Neumann behauptet, daß jedes Wort der Ausführungen des Referenten zugleich eine Anklage gegen die Gemeinde selbst sei, weil „auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge in früheren Jahren alles vernachlässigt worden sei“.

OB. Aug. Schmidt beantragt Schluß der Debatte.

OB. Meißner bringt den von der „Reichspost“ veröffentlichten Fall zur Sprache, daß zahlreiche Parteien durch die Baumwollzentrale ausgemietet wurden. Die Baumwollzentrale, die sich wahrscheinlich in ein Baumwollkartell umwandeln werde, hätte wahrhaftig Platz genug in den derzeit leerstehenden 6000 Geschäftslökalen. Die Gemeinde werde durch die Nichtbewilligung der Adaptierung für Bureauzwecke in der Hand haben, die Mieter gegen die Baumwollzentrale zu schützen!

Die christlichen Flüchtlinge in den Baracken, die Juden in — Wien.

OB. Illreich tritt zuerst dafür ein, daß die Anträge des Referenten rückwirkend vom 1. November 1917 in Kraft treten sollen, um derartige Häuserkäufe in letzter Minute, wie sie dieser Tage vorgekommen seien, in ihren Wirkungen auf die Bevölkerung einzudämmen. Der Redner wendet sich sodann der Flüchtlingsfrage zu und sagt, daß die Geduld der Bevölkerung in diesem

Falle bereits in einem Maße in Anspruch genommen sei, daß es einfach nicht mehr weiter gehe. In der staatlichen Flüchtlingsfürsorge stehen derzeit noch 441.000 Personen, von denen 85.000 in Barackenlagern untergebracht, 356.000 aber in Gemeindehaushalten sich aufhalten. Davon entfallen auf Niederösterreich 64.700 und auf Wien 50.800, also fast ein Viertel der gesamten Flüchtlinge. (Hört! Hört!) Rechnet man hierzu noch die Kriegsgefangenen, so könne man ermessen, wie ein solcher Bevölkerungszuwachs das ganze Ernährungsproblem über den Hausen werfe. (Zustimmung.) Der größte Fehler der Regierung war, gerade nur die christlichen Flüchtlinge in die Baracken zu sperren, die Juden aber frei in den Städten anzusiedeln. (Entrüstungsrufo.) Nach dem amtlichen Ausweise vom 1. September 1917 sind von den erwähnten 85.000 Barackenanwärtern nur 1400 Juden! (Hört! Hört!) Unter den insgesamt 441.000 Flüchtlingen befinden sich noch immer 180.000 Juden.

Von 50.000 Flüchtlingen in Wien — 43.000 Juden.

Von den in Wien sich aufhaltenden 50.800 Flüchtlingen sind, immer nach dem amtlichen Ausweise, 43.709 Juden (Rufe: Daher die Teuerung!); dabei sind aber nur die gezählt, die noch eine staatliche Flüchtlingsunterstützung genießen! (Ruf: Das auch noch!) Der Redner richtet daher im Interesse der Wiener Bevölkerung an die Regierung die dringende Aufforderung, auf dem Gebiete der Flüchtlingsfrage mit allen Kräften Ordnung zu schaffen. Wir wollen nur hoffen, daß unsere Regierung ebenso tatkräftig eingreife wie die ungarische in Budapest. Redner wünscht die endliche Einführung einer Wohnungsaufsicht und die Vorsorge für die Unterbringung kinderreicher Familien in Wohnungen und bespricht die Maßnahmen zur Beschaffung von Wohnungen nach dem Kriege. Redner wünscht eine ausgiebige Besteuerung von Bauplätzen und richtet schließlich das Mahnwort an den Staat, es mögen die gesetzlichen Grundlagen geschaffen werden, damit die bodenreformerischen Bestrebungen der Gemeinde in die Tat umgesetzt werden können.

OB. Dr. Stich: Das Zurückbleiben der Flüchtlinge in Wien und der vollständige Stillstand der Bautätigkeit während des Krieges haben zum großen Teil den jetzt bestehenden Wohnungsmangel hervorgerufen. Der Rückgang der Bautätigkeit habe allerdings schon vor Kriegsbeginn begonnen. Die Gemeinde Wien habe schon im Jahre 1902 eine systematische Wohnungs- und Bodenpolitik ergriffen. Es ist keine Härte, wenn wir heute die Wohnungen für unsere einheimische Bevölkerung benötigen. Durch die Mieterschutzverordnung haben die Hausherren außerordentliche Opfer bringen müssen. Er könne nicht annehmen, daß die Gültigkeit über das Jahr 1918 hinaus erstreckt werden wird. Die Mittel, die vorgeschlagen werden, sind — wie wir wissen, nicht geeignet, eine vollständige Remedur herbeizuführen und der Wohnungsausschuß werde sich sicherlich noch oft mit dem Gegenstand beschäftigen. Auch die vom Redner vorgeschlagene Bewilligung des Bewohnens von Mansarden werde vom Ausschusse bereits beraten. Redner erklärt, für sämtliche Anträge des Stadtrates zu stimmen.

Angenommen.

Nach dem Schlussworte des Referenten werden dessen Anträge mit dem Zusatzantrage des OB. Illreich auf Rückwirkungsangewandelt.

Es folgt hierauf die Erledigung einiger kleinerer Stücke der Tagesordnung, darunter die Anträge, betreffend den Ankauf von Schuhen für die Wiener Armen und der Bericht der Kranken- und Unfallfürsorge.